
Landesnachrichten *aktuell*

Entschließung des BBB-Hauptausschusses vom 5. Juli 2006

Wenn der Freistaat Bayern – wie es sich abzeichnet – in Kürze im Rahmen der Föderalismusreform die Zuständigkeit für das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht seiner Landes- und Kommunalbeamten erhält, muss er nach Auffassung des BBB auch der Vorbildfunktion, die er aufgrund seiner Größe und haushaltspolitischen Lage gegenüber den anderen Bundesländern einnimmt, gerecht werden. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Beschäftigten müssen dann Regelungen geschaffen werden, die den hocheffizienten öffentlichen Dienst in Bayern sichern und im Blick auf die in den nächsten Jahren zu erwartenden Anforderungen zukunftsfest machen sowie die Nachwuchsgewinnung fördern und sicherstellen. Im Zentrum muss dabei ein Beamtentum stehen, bei dem Motivation nicht durch systemwidrige Sparmaßnahmen zunichte gemacht, sondern das leistungsgerecht honoriert und behandelt wird.

Der Bayerische Beamtenbund sieht in der Zusage der Staatsregierung, in den Jahren 2006 und 2007 an Beamte und Versorgungsempfänger eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro zu leisten sowie die jährliche Sonderzahlung im derzeitigen Umfang bis 2009 und auch darüber hinaus deren Volumen beizubehalten, einen aner kennenswerten Schritt in die richtige Richtung. Dies ist jedoch weder eine ausreichende Kompensation für die längere Arbeitszeit der Beamten, noch wird damit dem gesetzlich verbrieften Anspruch der Beamten auf eine Anpassung der Besoldung an die allgemeine Einkommensentwicklung entsprochen.

Diesem ersten Schritt müssen daher weitere gleichgerichtete Maßnahmen folgen. Allein die höhere Arbeitszeit der Beamten gegenüber dem Tarifbereich entspricht einer Besoldungseinbuße von rund 3%, bei den schichtdienstleistenden Beamten sogar 6%. Hinzu kommt die Teuerungsrate, die bei den Diäten der Parlamentarier kraft Gesetzes jährlich zu einer automatischen Erhöhung führt. Auch die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse macht eine lineare Besoldungsanpassung erforderlich, die in Umfang und Zeitpunkt mindestens der vereinbarten Regelung im Tarifbereich entsprechen muss (+ 2,9% zum 01.01.2008). Insbesondere die unteren Einkommensgruppen werden zusätzlich durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer überproportional getroffen. Hinzu kommen die zusätzlichen finanziellen Belastungen der Beamten durch das Steueränderungsgesetz: die Gewährung der Entfernungspauschale erst ab dem 21. Kilometer, die Absenkung der Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld auf die Zeit vor die Vollendung des 25. Lebensjahres und die Streichung der steuerlichen Abzugsfähigkeit für ein häusliches Arbeitszimmer. Der BBB fordert mit allem Nachdruck einen weitergehenden Ausgleich, insbesondere auch für die unteren Besoldungsgruppen. Dabei hält der Bayerische Beamtenbund weiter an seiner grundlegenden Forderung

fest, die Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst zu harmonisieren, das heißt die Arbeitszeit im Beamtenbereich abzusenken. Die nachteiligen Wirkungen unterschiedlicher Arbeitszeiten innerhalb eines einzigen Personalkörpers können auf Dauer nicht ignoriert werden.

BBB will konstruktive Auseinandersetzungen

„Wir werden das hartnäckige und vielleicht auch unangenehme Gewissen der Staatsregierung sein, wenn die Föderalismusreform kommt!“, kündigte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rolf Habermann anlässlich des in München stattfindenden BBB-Hauptausschusses an. „Wir streben einen sachlichen Dialog mit der Staatsregierung an, werden aber auch darauf achten, dass frühere Zusagen eingehalten werden.“ In dem Angebot der Staatsregierung, den bayerischen Beamten in den Jahren 2006 und 2007 eine Einmalzahlung von jeweils 250 Euro zukommen zu lassen und die Sonderzahlung ungeschmälert fortzuführen (obwohl Bund und andere Länder sie weiter abbauen oder gar streichen), sah der Hauptausschuss ein positives Signal für eine künftige Zusammenarbeit, das anzuerkennen sei. „Die Richtung stimmt, das Maß noch nicht!“, fasste Habermann zusammen.

„Die bayerischen Beamtinnen und Beamten mussten in der Vergangenheit erhebliche Belastungen tragen und haben damit ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung mehr als erbracht.“ Habermann stellte ausdrücklich klar, dass man künftig nicht gewillt sei dergleichen weiter hinzunehmen: „Eine Bezahlung nach Kassenlage ist mit dem Wesen des Berufsbeamtentums in keiner Weise vereinbar. Der öffentliche Dienst wurde nicht geschaffen, um ständig neue Haushaltslöcher zu stopfen!“

Dem Angebot der Staatsregierung stehe gegenüber, dass allein die derzeitige Arbeitszeitbenachteiligung einer Besoldungseinbuße von 3 % entspreche. Hinzu käme die Teuerungsrate sowie die erforderliche und gesetzlich vorgeschriebene Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Schließlich datiere die letzte Anpassung vom August 2004. Darüber hinaus stünden erhebliche Änderungen im Steuerrecht an, die in Teilen speziell Beamte besonders belasten. Das Angebot könne daher nur als erster Schritt in die richtige Richtung gewertet werden.

Nach der Föderalismusreform werde man vor der gemeinsamen Herausforderung stehen, ein durchdachtes und funktionierendes eigenständiges System des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts zu schaffen, das der besonderen Rolle des Berufsbeamtentums im Staat gerecht werde, kündigt Habermann an. „Das geht nur mit motivierten, leistungsbereiten und hoch engagierten Mitarbeitern. Die Staatsregierung wäre mit Blindheit geschlagen, wollte sie diese weiter verprellen!“

Personalratswahlen 2006

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Ergebnisse der diesjährigen Personalratswahlen stehen nun alle fest. In weiten Bereichen konnten die hervorragenden Ergebnisse des Jahres 2002 sogar noch übertroffen werden.

In diesem großartigen Erfolg kommt die Anerkennung für die von Ihrem Verband geleistete Arbeit und insbesondere die Arbeit der Personalrätinnen und Personalräte aus Ihrem Bereich zum Ausdruck. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zum erzielten Ergebnis und bitte Sie, meine Glückwünsche auch an die Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben, die in den Personalrat gewählt wurden.

Ich denke, dass die guten Ergebnisse zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind; sie sind Auftrag für uns, uns auch weiterhin unvermindert für die berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Rolf Habermann
Vorsitzender



Im Bild v.l.n.r., Für die BJG im neuen HPR: Johann Kieninger, Franz Eckert, Kurt Lorenz mit dem wiedergewählten HRP-Vorsitzenden Robert Schmid.

Aufstrebender Bezirksverband Kempten

Der Bezirksverband Kempten hat sich seit seiner Gründung am 1. Februar 2006 um 100% bei den Mitgliedern verstärkt. Für die gute Aufbauarbeit sagen wir den Koll. Bernd Hiltensberger und Ursula Möll unseren herzlichen Dank und wünschen weiterhin viel Erfolg bei der Bewältigung der verbandspolitisch gesteckten Ziele.



**Wir wünschen allen
Kolleginnen und Kollegen
einen schönen
Urlaub!**



Mit freundlichen Grüßen

Franz Eckert, Landesvorsitzender,

Reinhard Schatzl, stv. Landesvorsitzender,

Hans-Joachim Freytag, stv. Landesvorsitzender